

DIE LINKE.

im Rat der Stadt Aurich

An Bürgermeister Windhorst
Rathaus
26603 Aurich

Stadt Aurich
Vorz. Bgm.

Eing.: 13. Aug. 2018

Abt.:

Hendrik Siebolds
Im Hook 15
26605 Aurich
Tel 04941/64639
Fax 04941/18709
info@siebolds.de

Aurich 12.08.18

Änderungsantrag zum Antrag der CDU-Fraktion DS/147 „Sanierung des Haushaltes der Stadt Aurich“ – Ratsgelder

Zum Antrag der CDU Drucksache 18/147 bezüglich der Kürzung der Zuwendungen an die Ratsmitglieder für ihre Ratsarbeit, stellt die Fraktion DIE LINKE folgende Änderungsanträge:

Zu 1.

Die Rückerstattung der Stadt an Ratsmitglieder für neu angeschaffte Computer soll von 600 € wieder auf die ursprünglichen angedachten 400 € begrenzt werden.

Begründung: Dies bringt eine Ersparnis von 8000 €. Eine völlige Streichung der Rückerstattung ist nicht sinnvoll, da die Umstellung von Papier auf elektronische Medien zu Einsparungen führt, die die Rückerstattungen in einigen Jahren amortisiert.

Zu 2.

Die Kürzung der monatlichen Aufwandsentschädigung für Ratsmitglieder von zurzeit 160 € auf 140 € wird abgelehnt.

Begründung: die Ratsarbeit ist bei engagierter Wahrnehmung sehr zeitaufwändig und verursacht auch einige Kosten im Geschäftsbereich. Allein schon die wichtige Information durch zum Beispiel den Bezug der zwei hier maßgebenden Zeitungen kostet monatlich rund 90 €. Weitere Medien und Bürobedarf kommen hinzu. Die jetzigen 160 € sind für den Arbeitsanfall angemessen.

Zu 3.

Der Wegfall der Wegstreckenentschädigung für die Ratsmitglieder wird abgelehnt.

Begründung: Dieser CDU-Vorschlag ist als Sparmaßnahme ungeeignet, da hier durch unterschiedlich lange Anfahrtswege unterschiedlich hohe Kosten entstehen und somit eine Streichung zu einer Ungleichbehandlung führen würde.

Zu 4.

Der Wegfall des doppelten Sitzungsgeldes für den Ratsvorsitzenden oder die Ratsvorsitzende wird abgelehnt werden.

Begründung: Bei nur maximal sechs Ratssitzungen im Jahr ist das doppelte Sitzungsgeld finanziell nur marginal. Zudem ist die Vorbereitung und Leitung von Ratssitzungen eine besonders aufwändige und schwierige Aufgabe. Genau darum hatte sich der Rat mit großer Mehrheit für das Doppelte Sitzungsgeld ausgesprochen.

Zu 5.

Der Kürzung der Geschäftsbedarfe für die Fraktionen und der zusätzlichen Entschädigungen je Fraktionsmitglied wie von der CDU vorgeschlagen wird zugestimmt.

Begründung: Unter Beibehaltung der Aufwandsentschädigungen ist hier Spielraum für eine Kürzung. Hierdurch können rund 5000 € jährlich eingespart werden.

Neu 6.

Die Fraktion LINKE beantragt, dass die Anzahl der abrechenbaren Fraktionssitzungen von derzeit 45 auf 36 begrenzt wird.

Begründung: Die 36 Fraktionssitzungen pro Jahr entsprechen drei Sitzungen im Monat. Dies erscheint realistisch und völlig ausreichend. Hierdurch könnten insgesamt rund 11.000 € eingespart werden.

Neu 7. Die Fraktion LINKE beantragt, seitens der Verwaltung zu prüfen, ob nicht auch die Ratsarbeit der vielen Ortsräte digitalisiert werden kann.

Begründung: Hierdurch könnten ebenfalls Einsparungen (z.B. Papier, Post) erzielt werden

Schlussbemerkung:

Insgesamt ergäben sich aus dem Änderungsantrag der LINKEN derzeit jährliche Einsparungen von ca. 16.000 € und eine einmalige Einsparung von 8.000 €. Nach Auffassung der LINKEN-Fraktion ist damit ein angemessener Beitrag zur Haushaltskonsolidierung erreicht, der zugleich die Arbeit der Ratsmitglieder ausreichend finanziert und anerkennt.

Ende